

2. Mai 1991

156. Jahresversammlung der Institutionen von Bretton Woods

Das I. Departement orientiert kurz über die verschiedenen Sitzungen im Zusammenhang mit der Jahresversammlung der Institutionen von Bretton Woods in Washington.

An einem Treffen der Notenbankgouverneure wurde über die Sitzung der Finanzminister und Gouverneure der G-7 orientiert. Dabei kam eine erhebliche Frustration der Gouverneure der G-7

2. Mai 1991

Nr. 156

zum Ausdruck, die an der Sitzung wohl teilnehmen, sich aber de facto nicht äussern können, auch wenn über die Geldpolitik diskutiert wird.

Die USA haben an der Sitzung wie erwartet nochmals versucht, die anderen Teilnehmer von der Notwendigkeit einer weltweiten Zinssenkung zu überzeugen. Nachdem der amerikanische Schatzsekretär auf seiner Tournee mit seinem Anliegen nicht auf ein grosses Echo gestossen war, wurden die Sitzungsteilnehmer kurzfristig vor der Sitzung ins Weisse Haus eingeladen. Dort erklärte ihnen der amerikanische Präsident sehr direkt, das Hindernis liege bei Deutschland. Die USA produzierten mit ihren Druckversuchen bei ihren Partnern eine erhebliche Verärgerung, und sie wurden in der Sache lediglich von Frankreich unterstützt.

Die Sitzung der **Zehnergruppe** war wiederum ein rein formelles Treffen. Der Bericht von Dini wurde mit Dank zur Kenntnis genommen, aber überhaupt nicht diskutiert.

Bezüglich der Frage der **Erweiterung der Zehnergruppe** wurde der Ball in Washington an die Notenbankgouverneure weitergegeben, die bis zum Herbst einen Antrag unterbreiten sollen. Die grosse Frage ist vor allem, wie man mit objektiven Argumenten eine Erweiterung auf Spanien und Australien beschränken kann. Es ist klar, dass sich die Schweiz nach den bisherigen Diskussionen im Zusammenhang mit dem IWF-Beitritt einer Aufnahme Spaniens nicht widersetzen kann. Ebenso wären wir nicht in der Lage, gegen eine allfällige Aufnahme Oesterreichs auf die Barrikaden zu gehen. Aus der Sicht des Vorsitzenden des Fed liegt das Problem bei einer Erweiterung der Zehnergruppe weniger bei den regelmässigen Treffen der Gouverneure als bei den verschiedenen Arbeitsgruppen bei der BIZ. Aus praktischen Gründen müsste man dort zur Bildung von Ausschüssen übergehen, in denen wohl meist nur noch die Länder der G-7 vertreten wären. Dies kann nicht in unserem Interesse liegen.

2. Mai 1991

Nr. 156

Im **Interimsausschuss** wurde ebenfalls die Frage diskutiert, ob die Weltwirtschaft zusätzliche Impulse zur Stimulierung des Wachstums benötigt. Erstaunlicherweise waren die USA und Frankreich mit ihrem Ruf nach allgemeinen Zinssenkungen ziemlich isoliert. Selbst die Entwicklungsländer waren der Meinung, dass keine geldpolitischen Massnahmen erforderlich seien. Ein Handlungsbedarf wurde vor allem bei der Fiskalpolitik im Sinne einer Konsolidierung der Haushalte und bei der weiteren Liberalisierung des Welthandels gesehen.

Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage herrscht ein gedämpfter Optimismus vor. Gegen Ende Jahr rechnet man allgemein mit einer gewissen Belebung der Konjunktur. Eher pessimistisch äusserten sich vor allem die Vertreter der USA. Auch das Fed ist offenbar wieder eher pessimistisch bezüglich der amerikanischen Konjunktur. Dies könnte erklären, weshalb das Fed nun eher überraschend den Diskontsatz nochmals gesenkt hat. Erstaunlich war, dass die Wechselkursituation in Washington überhaupt kein Diskussionsthema war.

Allgemein zeigte man sich besorgt über die weitere Entwicklung in **Mittel- und Osteuropa**. Für die nächsten Jahre rechnet man weiterhin mit einem enormen Finanzbedarf. Es ist anzunehmen, dass die westlichen Banken bei weitem nicht bereit sind, diesen Bedarf zu decken. An sich hofft man auf vermehrte private Investitionen, doch erfolgen die dazu notwendigen Änderungen bei den Rahmenbedingungen leider nur langsam. Es wird im weiteren auch bezweifelt, ob die westlichen Staaten auf die Dauer bereit sein werden, die Lücke zu decken. Die Hoffnungen ruhen deshalb für die nächste Zeit auf einem vermehrten Engagement der internationalen Institutionen und insbesondere des IWF.

Vor allem von Seiten Japans wurde die Frage einer weiteren **Zuteilung von SZR** zur Diskussion gestellt, aber nicht weiter konkretisiert. Bei den übrigen Industrieländern ist die Idee nicht auf grosse Begeisterung gestossen.

2. Mai 1991

Nr. 156

Wie das III. Departement dazu ergänzt, sieht Japan die Schaffung weiterer SZR in erster Linie im Zusammenhang mit einer Reduktion der bisher dominierenden Rolle des Dollars im internationalen Währungssystem.

Notiz zu Protokoll